

## Ostermärsche in Deutschland

# Auf die Straße für den fernen Traum

In zahlreichen deutschen Städten demonstrierten am Samstag Menschen für den Frieden. In Berlin kam es sogar zu einer Ostermarsch-Konkurrenz.



Ostermarsch am 16. April in München

Foto: dpa

BONN/DUISBURG/BERLIN *epd* | In knapp 80 Städten in Deutschland sind am Samstag Menschen für Frieden auf die Straße gegangen. Hauptthemen der Ostermärsche waren die Verurteilung des russischen Angriffskriegs in der Ukraine und Kritik an der geplanten massiven Aufrüstung der Bundeswehr. „Unsere Forderungen nach Frieden und Abrüstung sind aktueller denn je, auch mit Blick auf die Gefahr einer möglichen nuklearen Eskalation“, erklärte Kristian Golla vom Netzwerk Friedenskooperative in Bonn, das die regional verantworteten bundesweiten Aktionen koordiniert.

Golla zeigte sich zufrieden mit den bisherigen Ostermarsch-Veranstaltungen, die am Donnerstag begonnen hatten. Am Freitag hätten die Teilnehmerzahlen etwa auf dem Niveau der Vorjahre gelegen, sagte er dem Evangelischen Pressedienst. Der Karsamstag sei einer der Hauptaktionstage mit Kundgebungen unter anderem in München, Hannover, Stuttgart, Berlin, Saarbrücken, Leipzig und Bonn.

In Duisburg begann am Vormittag der Ostermarsch Rhein-Ruhr, der bis Ostermontag über Köln, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen und Bochum nach Dortmund führt. Er steht unter dem Motto „Eskalationsspirale durchbrechen – Atom- und Hochrüstung stoppen – Klima schützen!“

Eberhard Przyrembel vom Ostermarsch Rhein-Ruhr sagte in Duisburg mit Blick auf die Ukraine, der „skandalöse und einmalig grausame Krieg“ Russlands offenbare auch politisches Versagen in Deutschland, „denn 18 Jahre lang haben alle Bundesregierungen dieselbe ‚wehrhafte‘ Friedenspolitik mit der Rüstungsindustrie betrieben“. Die jetzt angekündigte massive Erhöhung der Rüstungsausgaben sei „keine Zeitenwende, sondern die hoffnungslose Fortsetzung immer desselben“.

Waltraud Andruet vom Friedensnetz Saar verurteilte in Saarbrücken den „völkerrechtswidrigen brutalen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine“ und zeigte sich besorgt über die Drohungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit dem Einsatz von Atomwaffen. Sie wies darauf hin, dass jede Friedensbewegung nicht nur aktuelle Kriege im Blick habe. Sondern ihr Ziel sei „die dauerhafte Ächtung von Krieg und Gewalt, von Waffen und permanenter Aufrüstung weltweit“.

### **Friedenskoordination versus Allianz Ukrainischer Organisationen**

In Berlin gab es am Karsamstag gleich zwei konkurrierende Ostermärsche für den Frieden. **Zum traditionellen Ostermarsch der Friedenskoordination für eine „neue Sicherheitsarchitektur von Lissabon bis Wladiwostok“** [<https://taz.de/!/Ostermaersche-in-Berlin/!5844922/>] versammelten sich nach Polizeiangaben rund 1.300 Teilnehmer. Kritiker hatten vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine zu einem alternativen Ostermarsch aufgerufen, der sich explizit gegen russische Angriffskriege richtete und das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine betonte. Dazu kamen laut Polizei rund 500 Menschen zusammen.

Der Krieg in der Ukraine müsse beendet werden, hieß es im Ostermarsch-Aufruf der Friedenskoordination. Dazu müssten Russland und die Ukraine Verhandlungen mit Kompromissbereitschaft von beiden Seiten führen. Diese Position erwähne die russische Aggression und das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung mit keinem Wort, hieß es dazu im Aufruf der Allianz Ukrainischer Organisationen und der Initiative „Adopt a Revolution“ zum alternativen Ostermarsch. Die größte Gefahr für den Frieden gehe von Diktatoren und Autokraten aus.

„Konsequente Sanktionen sind effektive Friedenspolitik“, hieß es weiter beim alternativen Ostermarsch. Auch russische Bombardierungen in Nordsyrien müssten gestoppt werden. Die Friedenskoordination betonte bei ihrem Ostermarsch hingegen, Deutschland werde durch Waffenlieferungen zur Kriegspartei. Zusätzliche Militärausgaben der Bundesrepublik dürften nicht zugelassen werden. Waffenlieferungen an die Ukraine und Sanktionen gegen Russland seien keine Lösung.

### **Habeck: „Zuschauen ist die größere Schuld“**

Unter dem Eindruck des Kriegs in der Ukraine wurden die traditionellen Ostermärsche für Frieden und Abrüstung diesmal von besonders heftigen Debatten begleitet. Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) rief die Beteiligten zu einer klaren Botschaft an Russland auf. „Frieden kann und wird es nur geben, wenn Putin seinen Angriffskrieg stoppt“, sagte der Wirtschaftsminister der Funke Mediengruppe.

„Es sollte also bei den Ostermärschen deutlich werden, dass sie sich gegen Putins Krieg richten“, verlangte Habeck. „Pazifismus ist im Moment ein ferner Traum“, gab er zu bedenken. Kriegsverbrechen seien „offenkundig Teil“ der russischen Kriegsführung. Daher gelte für ihn derzeit, „dass Zuschauen die größere Schuld ist“, mahnte der Vizekanzler Unterstützung für die Ukraine an. Es sei „eindeutig, wer in diesem Krieg Angreifer ist und wer sich in schwerer Not verteidigt und wen wir unterstützen müssen – auch mit Waffen“.

Der FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff hatte die Ostermarschierenden, denen er eine Relativierung des russischen Vorgehens und der damit verbundenen Kriegsverbrechen vorwarf, als „fünfte Kolonne“ des russischen Machthabers Wladimir Putin kritisiert.

Die frühere EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann verteidigte dagegen die Aktionen. Es sei nicht gerecht, Menschen, die sich seit Jahrzehnten für Frieden einsetzten vorzuwerfen, sie stünden auf der Seite Russlands, sagte sie am Samstag im NDR. Käßmann warnte vor einer Eskalation des Krieges, auch durch westliche Waffenlieferungen an die Ukraine.

In Berlin begannen drei russische Anti-Kriegs-Aktivistinnen nach eigenen Angaben am Karfreitag einen unbefristeten Hungerstreik aus Protest gegen den Angriffskrieg vor der russischen Botschaft. „Wir bleiben Tag und Nacht vor der russischen Botschaft, um den Rückzug aller russischen Truppen aus der Ukraine und einen Prozess für alle Kriegsverbrecher, inklusive des illegitimen Präsidenten Putin, zu fordern“, erklärte eine der Teilnehmerinnen, Polina

Kwiatkowska, die demnach kürzlich aus Russland geflohen ist.

---

Fehler auf taz.de entdeckt?

Wir freuen uns über eine [Mail an fehlerhinweis@taz.de](mailto:Mail an fehlerhinweis@taz.de)!

Inhaltliches Feedback?

Gerne als Leser\*innenkommentar unter dem Text auf taz.de oder über das [Kontaktformular](#).

---

Politik / Deutschland

16. 4. 2022

---

#### THEMEN

[#Ostermärsche](#), [#Robert Habeck](#), [#Margot Käßmann](#)

---

#### SPENDEN FÜR DIE UKRAINE

Wir alle wollen angesichts dessen, was mit der Ukraine derzeit geschieht, nicht tatenlos zusehen. Doch wie soll mensch von Deutschland aus helfen? Unsere Ukraine-Soli-Liste bietet Ihnen einige Ansätze fürs eigene Aktivwerden.

► Die Liste finden Sie unter [taz.de/ukrainesoli](https://taz.de/ukrainesoli)

## Ostermärsche in Kriegzeiten

# Nur gegen die Nato reicht nicht

Die diesjährigen Ostermärsche ringen um eine Antwort auf die brutale Realität des Ukrainekriegs. Ein einheitliche Haltung gibt es nicht.



Etwa 300 Menschen demonstrierten am Karfreitag in Chemnitz gegen den Ukraine-Krieg

Foto: Imago

Stell dir vor, es ist Krieg – und die Friedensbewegung weiß nicht so genau, gegen wen sie protestieren soll. Die diesjährigen Ostermärsche stehen ganz unter dem Eindruck des russischen Überfalls auf die Ukraine. Doch in den Aufrufen zu den mehr als 120 Demonstrationen, Kundgebungen, Mahnwachen, Fahrradkorsos und Friedensgebeten, die bis Ostermontag quer durch die Republik geplant sind, findet sich keine einheitliche Haltung zum Ukrainekrieg. Eindeutigen Verurteilungen der Invasion in zahlreichen Aufrufen stehen merkwürdig ambivalente Formulierungen in anderen gegenüber.

„An Ostern gehen wir für die sofortige Beendigung des völkerrechtswidrigen brutalen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine auf die Straße“, schreiben die Organisator:innen des Saarbrücker Ostermarschs. Befürwortet werden „gezielte Sanktionen, die Oligarchen, kapitalistische Großunternehmen und die Finanziere des Krieges in Russland treffen“. Die Ostermarschierer:innen in Ulm halten auch „weitreichende wirtschaftliche Sanktionen für gerechtfertigt“.

Dem Osnabrücker Aufruf ist der Ukrainekrieg demgegenüber nicht einmal eine eigenständige Erwähnung wert. Dort heißt es nur ganz allgemein: „Jeder Krieg bringt Elend, Blutvergießen und Tod über die Menschen. Alle Kriege müssen beendet werden!“

## Gegen Militär-Milliarden

Die Friedenskoordination Berlin adressiert ihre Forderung nach einer Beendigung des Kriegs in der Ukraine wiederum an den Angreifer wie den Angegriffenen: „Dazu braucht es den Willen Russlands und der Ukraine, Verhandlungen mit Kompromissbereitschaft von beiden Seiten aus zu führen, die vernünftigerweise eine neutrale Ukraine zur Folge haben müssten.“ Auch hier sucht man eine Verurteilung des russischen Aggressors vergebens. Nur konsequent, dass dann nicht nur Waffenlieferungen an die Ukraine, sondern auch jegliche Sanktionen gegen Russland abgelehnt werden.

---

### TAZ AM WOCHENENDE



Sollten wir schwere Waffen an die Ukraine liefern? Über deutsches Selbstverständnis und

grüne Politik in Zeiten des Krieges – in der **taz am wochenende vom 16./17. April**. Außerdem: Unsere Autorin ist mit ihrer Familie in den Wald gezogen. Sie wollte herausfinden: Kann man auch dort ohne Auto leben, fernab des öffentlichen Nahverkehrs? Und: Bunte Pralinen für Körper und Seele! Ab Samstag am Kiosk, im **eKiosk**, im praktischen **Wochenendabo** und rund um die Uhr bei **Twitter**.

Die russischen Bomben haben auch alte Gewissheiten zerstört: Bloß gegen die Nato zu sein, das reicht nicht mehr. Das uneinheitliche Bild zeigt indes, wie schwer es der ohnehin schon lange kriselnden Friedensbewegung fällt, eine Antwort auf die brutale Realität des Ukrainekriegs zu finden.

Einig sind sich alle Ostermarschveranstalter:innen nur in der Ablehnung **des 100 Milliarden Euro schweren „Sondervermögens“** [<https://taz.de/!Joschka-Fischer-ueber-den-Ukrainekrieg/!5846190/>] zur Aufrüstung der Bundeswehr und der Erhöhung der deutschen Militärausgaben auf mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

*Infos zu den diesjährigen Ostermärschen finden sich beim **Bonner Netzwerk Friedenskooperative***

---

Fehler auf taz.de entdeckt?

Wir freuen uns über eine **Mail an [fehlerhinweis@taz.de](mailto:fehlerhinweis@taz.de)**!

Inhaltliches Feedback?

Gerne als Leser\*innenkommentar unter dem Text auf taz.de oder über das **Kontaktformular**.

## Die Kriegslogik durchbrechen

Ostermärsche mit Zulauf und klarem Bekenntnis: Keine Waffen in die Ukraine – Hochrüstung stoppen!



Die DKP braucht die Ostermärsche nicht zu unterwandern, sondern ist Teil von ihnen – hier am Ostersonntag in Berlin.

Tausende beteiligten sich an den Ostermärschen für Frieden und Abrüstung, an vielen Orten kamen mehr Menschen als im Vorjahr. Vor allem aber ließen sich die Ostermarschiererinnen und -marschierer nicht vereinnahmen von der herrschenden Kriegslogik. So deutlich wie ihr Wunsch auf ein schnellstmögliches Ende des Krieges in der Ukraine war, so deutlich war auch ihr „Nein“ zu Waffenlieferungen für Kiew und zu den Hochrüstungsplänen der Bundesregierung. Einseitige Schuldzuweisungen gegen Russland für die Eskalation mit Weltkriegspotential waren die Ausnahme.

Dabei hatten sich die Herrschenden und ihre Medien alle Mühe gegeben. Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) forderte von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Ostermärsche ein klares Bekenntnis gegen Russland. Es sei „eindeutig, wer in diesem Krieg Angreifer ist und wer sich in schwerer Not verteidigt und wen wir unterstützen müssen – auch mit Waffen“. Zuvor

hatte FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff die Friedensbewegung als „fünfte Kolonne Putins“, also als Kollaborateure, diffamiert: „Wenn Ostermarschierer jetzt Abrüstung fordern (...), spucken sie den Verteidigern Kiews und Charkivs ins Gesicht“, schrieb Lambsdorff in der „Zeit“. Und weiter: „Sie traumatisieren die zu uns Geflüchteten ein zweites Mal, denn sie schützen die Mörder und Vergewaltiger von Botscha, Irpin und Mariupol.“

Das baden-württembergische Innenministerium wusste gar von der Unterwanderung der Ostermärsche durch Linksextremisten. In einer Antwort auf eine kleine Anfrage der FDP antwortete das Ministerium, dass NATO, USA und Bundesregierung auf den Demonstrationen mitunter Kriegstreiberei vorgeworfen werde. Ortsgruppen der DKP würden die Kreml-Sicht verbreiten, nach der „angebliche Terroranschläge der ukrainischen Armee vor allem auf die Zivilbevölkerung“ zielten und eine vom Westen und der NATO vorangetriebene Eskalation zum militärischen

Eingreifen Russlands geführt habe. Mit Fortdauer des Krieges bestehe eine erhöhte Gefahr linksextremistischer Aktionen gegen Einrichtungen der Bundeswehr und die in Baden-Württemberg stationierten NATO-Streitkräfte, heißt es laut „Stuttgarter Zeitung“ in dem Schreiben des Innenministeriums.

Was treibt die Kriegstreiber zu derlei Diffamierung und Warnungen vor der Friedensbewegung, die in der Berichterstattung ebenso mantramäßig wiederholt wurden wie der Versuch, ihr eine tiefe Spaltung anzudichten? Sind sie sich ihrer Sache nicht sicher? Sind ihre Lügen von Waffen für den Frieden, vom Frieden wegen Putin und den Russen, die unsere Todfeinde sind, zu offensichtlich? Sind die Erhöhung des Rüstungsetats und das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr angesichts der immer größer werdenden Geldsorgen der Menschen in diesem Land und des systematischen Kaputtsparens von Gesundheits- und Bildungswesen zu frech? Wachsen die Zweifel der Menschen in

diesem Land „an den angeblich unstrittigen Informationen von Sendeanstalten und Presse“, wie es der Schauspieler Rolf Becker in seiner Ostermarschrede in Kassel hofft?

Wir arbeiten dran – um des Friedens willen. Die Ostermärsche waren dazu ein guter Auftakt. Weiter geht es bei den Befreiungsfeiern an diesem Wochenende in Torgau und am 8. und 9. Mai. Klären wir auf über Kriegsursachen und Hintergründe, darüber, dass es nicht um die Ukraine geht, sondern die NATO zum großen Schlag gegen Russland und China rüstet, dass sich Deutschland erneut zum Ostlandritt aufmacht. Verbreiten wir dagegen die Erkenntnis: Frieden geht nur mit Russland und China – Runter mit der Rüstung – Deutschland muss raus aus der NATO.

Wera Richter

Siehe Seite 8

Die Rede von Rolf Becker in Kassel gibt es hier:  
[kurzelinks.de/becker](https://kurzelinks.de/becker)

## Kriegsdebatten bei Ostermärschen (nd-aktuell.de)

Sebastian Weiermann



So viele Sympathiebekunden für die Ukraine wie in Jena, gab es nicht in jeder Stadt bei den Ostermärschen.

Foto: picture alliance/dpa | Bodo Schackow

Die Königstraße ist die Einkaufsstraße in der Duisburger Innenstadt. Samstagvormittag ist hier Markt. Ein Stand reiht sich an den anderen. Dazwischen Wahlkampfstände von FDP, Grünen, SPD und der Linken. Fast am Ende der Königstraße ist die Auftaktkundgebung zum Duisburger [Ostermarsch](#). Etwa 200 Menschen haben sich um eine Bühne versammelt. Davor ein Transparent »Ukraine-Krieg beenden! Eskalationsspirale durchbrechen – Atom- und Hochrüstung stoppen! Klima schützen!« Vor der Bühne sind ein paar Stuhlreihen aufgebaut. Die Organisator\*innen des Ostermarsches haben offenbar an die oftmals betagten Teilnehmer\*innen der Demonstration gedacht. Es sind aber eher die mittelalten Demonstrant\*innen, die es sich auf den Plastikstühlen in der Sonne gemütlich machen. Die älteren Ostermarschierer\*innen stehen und tragen ihre Fahnen und Schilder. Die Symbole mehrerer [Gewerkschaften](#) sind zu sehen; MLPD, DKP und Linke fehlen nicht. Auf den Schildern Botschaften wie »Kriege zerstören Kinderseelen« oder »Keine Nato in die Ukraine – Abzug der russischen Truppen!« Auf anderen Plakaten wird gefordert, keine Waffen in Konfliktgebiete zu liefern oder den Etat der Bundeswehr nicht zu erhöhen. In den Reden geht es dann auch viel um die Ausstattung der Bundeswehr. Die atomare Teilhabe der Bundeswehr wird abgelehnt, eine Gefahr durch atomare Aufrüstung ausgeführt. Wenig Applaus bekommt in Duisburg eine Rednerin des DGB, die an die Annexion der Krim erinnert und dazu auffordert, der Ukraine zu helfen. Nicht mit Waffen, da sind sich viele Teilnehmer\*innen einig. Viel Applaus erhält Christa Bröcher von der VVN/BdA. Sie spricht über das Massaker von Butscha, die Bilder aus der Stadt bei Kiew nennt sie »verstörend« und »schlimm«, aber sie äußert auch Zweifel. Daten und Abläufe aus Butscha seien widersprüchlich und es gebe keine überprüfbaren Nachrichten. Bröcher sagt, Butscha erinnere sie an das Massaker von Račak im Januar 1999, über das viele Falschmeldungen verbreitet wurden und das zum Eintritt Deutschlands in den Jugoslawien-Krieg beitrug. Bröcher hält Račak für eine »Blaupause« für die Meldungen aus Butscha.



200 Kilometer östlich von Duisburg, in Kassel, äußert der Schauspieler Rolf Becker noch deutlicher seine Zweifel an den Ereignissen von Butscha. Sein Redebeitrag ist auf der Internetseite des Netzwerks Friedenskooperative dokumentiert. Becker findet es seltsam, dass die russische Armee drei Wochen »ruhig« in Butscha gelebt habe und sich »am letzten Tag entscheidet«, die Menschen zu erschießen. Die Leichen seien »plötzlich« am 3. April aufgetaucht. Viele trugen weiße Armbinden, die von der russischen Armee empfohlen wurden, um zu zeigen, dass man neutral sei. Für Becker ist das seltsam. Er betont, er wisse zwar nicht, was passiert sei, »aber sehr wahrscheinlich wurden diese Menschen nicht von russischen Soldaten getötet«. Beckers Erklärung für den Krieg: Die Ukraine spiele eine Stellvertreterrolle für die USA, und denen passe ein Krieg in Europa gut ins Konzept. Der alte Feind Russland sei beschäftigt, und ein Krieg in Europa schalte mit der EU den ökonomisch größten Konkurrenten Amerikas nach China aus. Dies sei »eine Möglichkeit, die wir in unsere Überlegungen einbeziehen sollten«. In Kassel sorgten Beckers Rede und die allgemeine Außenwirkung der Ostermärsche für »Bestürzung« bei der Ukraine Initiative Kassel. Bei den Märschen werde »die Realität verdreht«, etwa wenn direkt oder indirekt die Nato oder die Ukraine für den Krieg verantwortlich gemacht würden. Bei den Demonstrationen würden »die Freiheitsliebe und der Überlebenswille des ukrainischen Volkes« zum »Friedenshindernis umgedeutet«. Der »faschistische Charakter« russischer Verbrechen werde geleugnet. Den Ostermarschierer\*innen wirft die Initiative vor, nicht verstanden zu haben, dass es »Frieden nur zusammen mit Freiheit und Demokratie« gebe. Bitterböse fordert die Gruppe die Ostermärsche zur Umbenennung auf. Sie sollten sich »Russlandmärsche« oder »Märsche in die Unfreiheit« nennen.

#### nd-Kompakt

Unser täglicher Newsletter **nd-Kompakt** bringt Ordnung in den Nachrichtenwahnsinn. Sie erhalten jeden Tag einen Überblick zu den spannendsten Geschichten aus der **Redaktion**. [Hier das kostenlose Abo holen.](#)

Nicht so scharf wie in Kassel formuliert, aber trotzdem deutlich war die [Kritik](#) an den traditionellen Ostermärschen auch in anderen Städten. In Berlin gab es an diesem Samstag sogar einen alternativen Ostermarsch, der von Gruppen aus der Ukraine, der aus der syrischen Zivilgesellschaft stammenden Gruppe »Adopt a Revolution« (Adoptiere eine Revolution) und von der Initiative »Leave no one behind« (Niemanden zurücklassen) organisiert wurde. Die Gruppen kritisierten, dass im Aufruf zum traditionellen Ostermarsch nicht auf die russische Aggression eingegangen wurde. Sie forderten konsequente Sanktionen gegen Russland und die Anerkennung des ukrainischen Selbstverteidigungsrechts. Am Alternativen Ostermarsch nahmen nach Veranstalterangaben 1000 Menschen teil. Beim traditionellen Ostermarsch waren 1500 Menschen auf der Straße. Die Hauptforderung dort: ein schnelles Ende des Krieges durch [Verhandlungen](#).

Dass es auch bei den traditionellen Ostermärschen möglich ist, deutliche Kritik an Russland zu formulieren, wurde im westfälischen Gronau deutlich. Dort gehen Friedensbewegte jedes Jahr am Karfreitag gegen die Urananreicherungsanlage der Firma Urenco auf die Straße. In diesem Jahr waren es 200 Menschen. Einer der Hauptredner war Vladimir Slivyak von der russischen Umweltorganisation »Ökoverteidigung!«. Für Slivyak ist klar, womit Wladimir Putin den Krieg finanziert: »Der russische

Präsident Putin hat genug Geld, um in den Krieg zu ziehen. Das Geld stammt aus dem Verkauf fossiler und nuklearer Brennstoffe an die EU.« Dieser Handel gehe auch jetzt während des Krieges weiter. Von dem Geld, das Russland mit Brennstoffen verdient, würden »Kanonen, Munition und Raketen« gebaut. Für Sliviyak ist außerdem klar, dass die russische Atombehörde Rosatom in Angriffe auf Atomkraftwerke in der Ukraine involviert sei. Vladimir Sliviyak forderte die Europäische Union zu einem Embargo für Atomtechnologie und Atombrennstoff auf.

Das Netzwerk Friedenskooperative, das die bundesweiten Ostermarsch-Aktivitäten koordiniert, zog am Montagnachmittag eine positive Bilanz. Der Krieg in der Ukraine habe viele Menschen auf die Straße getrieben, die »nicht ohnmächtig die Nachrichten verfolgen möchten«, sondern sich für »diplomatische Lösungen und gegen Aufrüstung engagieren wollen«, so Kristian Golla vom Netzwerk Friedenskooperative. Die Teilnehmerzahl sei insgesamt »moderat« gestiegen. In einigen Städten gab es erstmals Ostermärsche.